

Wissenschaft und amtliche Statistik: Eine (un-)mögliche Beziehung Norbert F. Schneider

Zusammenfassung eines Vortrags,
gehalten auf den Statistiktage Bamberg/Fürth am 17.7.2024

„Wissenschaft und amtliche Statistik. Eine (un-)mögliche Beziehung“. Länger habe ich überlegt, ob ich hinter diesen Titel ein Fragezeichen setzen soll, aber darauf verzichtet, weil ich nicht darüber sprechen will, ob es eine Beziehung geben kann, sondern darüber, wie sie beschaffen ist und vor allem, wie sie weiterentwickelt werden kann und wozu.

Vorausschicken möchte ich folgendes. Die Beziehung zwischen amtlicher Statistik und Wissenschaft hat sich in den letzten Jahren deutlich verbessert! Allen voran der Zugang zu forschungsrelevanten Daten. Das ist erfreulich. Aber die Beziehung kann noch weiter intensiviert und zum Vorteil aller Seiten vertieft werden. Wie das gehen kann, dazu will ich im zweiten Teil einige Vorschläge unterbreiten.

I. Beginnen möchte ich mit einer kurzen Reflexion der Aufgaben und Rahmenbedingungen der amtlichen Statistik und den sich daraus ergebenden Fähnissen.

Was ist der Auftrag der amtlichen Statistik? In §1 des Bundesstatistikgesetzes heißt es: „Die Bundesstatistik hat die Aufgabe, laufend Daten über Massenerscheinungen zu erheben, zu sammeln, aufzubereiten, darzustellen und zu analysieren. Für sie gelten die Grundsätze der Neutralität, Objektivität und fachlichen Unabhängigkeit. Sie gewinnt die Daten unter Verwendung wissenschaftliche Erkenntnisse und unter Einsatz der jeweils sachgerechten Methoden und Informations-techniken. Die Bundesstatistik ist Voraussetzung für eine am Sozialstaatsprinzip ausgerichtete Politik.“

Ergänzend dazu ist auf den Internetseiten des BMI zu lesen: „Die Daten aus den Bundesstatistiken dienen Politik und Verwaltung als Planungs- und Entscheidungsgrundlage. Viele Regelungen werden auf der Grundlage statistischer Messgrößen festgelegt.“ So weit so gut. Warum aber sprach ich von Fähnissen, welche sind gemeint?

Fähnisse sehe ich kaum bei den Themen Neutralität, Objektivität und fachlicher Unabhängigkeit, auch nicht beim Einsatz sachgerechter Methoden und Informationstechniken. Die Qualität der erhobenen Daten ist gut, sie steht hier nicht im Fokus.

Fährnisse sehe ich an anderer Stelle. Ich habe Zweifel, dass mit der Einhaltung dieser Standards das angestrebte Ziel, Schaffung einer eindeutigen Abbildung der Realität, so wie angezielt erreicht werden kann. Mein Punkt ist also nicht: „Werden die Daten richtig erhoben, sondern vielmehr: Werden die richtigen Daten erhoben?“ Und wichtiger noch: „Was geschieht mit den Ergebnissen?“ Werden die Daten hinreichend verantwortungsvoll präsentiert und kommuniziert?

Ich erinnere mich gut an den Vortrag von Armin Grunwald während der 75 Jahrfeier des Statistischen Bundesamts. Er betonte u.a., dass die Natur der Daten ambivalent sei, da sie immer nur einen Teil der Realität abbilden. Ich will diesen Gedanken aufgreifen und weiterführen. Wir – und damit meine ich Wissenschaft und Statistik - müssen akzeptieren, dass es zumeist nicht möglich ist, die Realität objektiv und neutral abzubilden. Schon gar nicht können wir sie umfassend abbilden.

Daten werden zumeist mit bestimmten Absichten erhoben. Sie bleiben damit immer ausschnitthaft und sind kein getreuer Spiegel der Realität, sondern nur eine mehr oder weniger selektive Annäherung daran. Mit dieser Einschränkung gilt es bei jeder Präsentation der Ergebnisse verantwortungsvoll umzugehen „Die Realität an sich“, kann man mit Kant behaupten, „können wir nicht sehen, denn jedes Sehen ist durch eine Erkenntnisbrille getrübt.“ Wenn wir auf diesem Gedankenpfad noch einen Schritt weitergehen, kommen wir an den Punkt, der sich mit Nietzsche so zusammenfassen lässt: „Es gibt keine Tatsachen, nur Interpretationen“. Diesem Diktum können wir nicht entrinnen. Weder als Wissenschaft noch als Statistiker. Auch ein Mehr an Daten schafft kein getreues Abbild der Realität.

Zudem müssen wir uns mit größtmöglicher Sensibilität der Frage widmen, ob und inwieweit wir mit der Datenerhebung und der Ergebnispräsentation in die Realität eingreifen, sie womöglich sogar verändern. In der Wissenschaft existieren seit längerem Ethik-Codices unter anderem mit dem Ziel, solche Eingriffe zu vermeiden oder die Folgen sichtbar zu machen.

Bedeutsam erscheint mir auch ein vorsichtiger Umgang mit der Idee, Daten seien eine verlässliche Grundlage für den Blick in die Zukunft. Erinnern wir uns an die Erfahrungen bei der 9. und der 10. Koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung aus den Jahren 2000 und 2003. Bereits nach kurzer Zeit wurden beträchtliche Abweichungen der tatsächlichen Entwicklung von den dort erwarteten sichtbar. Das Narrativ, die Bevölkerung schrumpft rasant, blieb aber bis zur Präsentation der Ergebnisse des Zensus 2011 virulent. Seither schien die Bevölkerung Deutschlands kontinuierlich zu wachsen. Bis zum 25. Juni 2024. Da war sie wieder um 1,4 Mio. geschrumpft. Welche Lehren können oder sollten wir daraus ziehen? Was sind die Konsequenzen? Bessere Daten, mehr Daten, andere Daten? Veränderte Kommunikation über die Befunde? Mehr Investment in die Interpretation und in die Erklärung der Beschränkungen der Daten? Stärkung des Lebenszeichenansatzes?

Sinnvoll erscheint eine stärkere Auseinandersetzung mit der Frage, wer eigentlich die Adressaten sind und wie sie sachgerecht informiert werden können. Politik, Öffentlichkeit, Institutionen, Wissenschaft - sind sie auf dieselbe Weise zu informieren oder mit je unterschiedlichen Beipackzetteln?

Was kann weiterhelfen? Hier zitierte ich gerne nochmals Armin Grunwald: „Gegen die Daten denken“ nicht mit ihnen. Das heißt, kritisches Hinterfragen der Validität und der Reliabilität der erhobenen Daten ist Teil des Geschäfts und damit auch Teil der Kommunikation der Ergebnisse.

Vielfach kritisch zu reflektieren ist auch die amtsstatistische Definition bestimmter Sachverhalte. Sie provoziert an manchen Stellen Missverständnisse oder leistet interessengeleiteter Interpretation Vorschub. Darauf werde ich später noch eingehen.

Aber lassen sie mich noch einen Schritt weitergehen. Zu unserer Thematik gehört auch die Idee, Politik handle datenbasiert. Diese Idee ist obsolet. Politik tut, was sie für richtig oder angemessen hält. Hierzu nutzt sie Daten, meist nur solche, die die Richtigkeit der Entscheidungen absichern. Störende oder zuwiderlaufende Daten werden nicht selten ausgeblendet oder missinterpretiert. Corona lässt grüßen. Daten und Perspektiven, die dem eingeschlagenen Kurs entgegenstanden, wurden kaum zur Kenntnis genommen, ihre Verbreiter nicht selten diskreditiert. Frühzeitig haben einige Akteure, etwa das BIB, auf die zu erwartenden negativen Konsequenzen von Schulschließungen hingewiesen. Das wurde weitgehend ignoriert. Jetzt, Jahre später, wird eingeräumt, dass man das stärker hätte berücksichtigen sollen.

Der ehemalige US-amerikanische Präsident Obama ließ sich mit folgendem Satz zitieren: „Wir akzeptieren nur Informationen, egal ob sie wahr oder falsch sind, die zu unseren Auffassungen passen, statt unsere Auffassungen an der Evidenz zu orientieren.“

Soll man so weit gehen zu behaupten, dass auch die Idee, wir würden in einer evidenzbasierten Gesellschaft leben, obsolet ist? In Zeiten wachsender Unübersichtlichkeit und steigender Komplexität suchen viele Akteure, Individuen wie Organisationen, nicht nach mehr Information, sondern sie reagieren mit Ausblendung, Abschottung und der Zuwendung zu anekdotischer Evidenz. Das habe ich selbst so erlebt, deshalb ist es wahr.

Wahrheit, objektive Daten, immer mehr Information, rationale Logik sind nicht primär die Grundlagen sozialen Handelns und individuellen Entscheidens. Spätestens seit Trump ist, „Lügen als Norm politischen Handelns akzeptiert“. Die Erfolge der AfD hierzulande machen deutlich, dass wir dabei sind, auch in diese Phase einzutreten.

Einiges spricht dafür, dass wir in einer „Post-Truth Ära“ leben. Emotion, Zugehörigkeit, Bestätigung der eigenen Meinung, der Wunsch nach einfachen Lösungen, das ist es, was viele Menschen antreibt, was sie hören wollen. Dem kann sich auch die Politik nicht verschließen. Wissenschaft mehr noch als amtlicher Statistik müssen sich ein Stück weit davon verabschieden, dass wichtige Entscheidungen entlang anscheinend objektiver Tatsachen getroffen werden. Gerade in dieser Situation geht es nicht nur um die richtigen Daten, sondern ganz zentral um die richtige Kommunikation über die Daten. Wissenschaft und amtlicher Statistik sollten, ich betone das nochmals, viel mehr Energie auf die Interpretation und die Kommunikationen von Daten und Befunden legen. Oder mit den Worten des britischen Journalisten Mathew D’Acona: „Truth-Teller must speak to head and heart alike.“

Gerade in der Wissenschaft gibt es viele Themen mit sehr widersprüchlichen Befunden. Auch hier stellt sich die Frage, wie damit künftig besser umzugehen ist. Wissenschaftliche Erkenntnisse sind in vielen Bereichen stets „im Fluss“, neue Befunde verändern das, was gestern noch als wahr und richtig galt. Vielfach gelangt Forschung eben nicht an einen Endpunkt, im Sinne von „so ist es“.

Das Tempo, mit dem immer neue, hoch komplexe Sachverhalte auftauchen und politisch „bearbeitet“ werden müssen, überschreitet an vielen Stellen die Möglichkeiten und Kapazitäten von amtlicher Statistik und von Wissenschaft. So können vielfach nicht unverzüglich neue belastbare Daten zu neuen Sachverhalten liefern, die Entscheidungen absichern können. Wissenschaft braucht Zeit, Politik wünscht Eindeutigkeit.

Vermutlich trifft zu, was Mathew D’Acona 2017 schrieb: „People choose their own reality, as if from a buffet.“ Und wahrscheinlich hat auch der britische Physiker Michael Grove recht, der im Zuge der Brexit-Debatte das Wort geprägt hat: „People have enough of experts“.

Soziale Realität ist zu einem erheblichen Teil nicht objektiv. Sie existiert nur im menschlichen Verstand, nirgendwo sonst. Die Bestrebungen von amtlicher Statistik und von empirischer Forschung sollten versuchen ihren hehren Anspruch damit besser in Einklang zu bringen.

Ja, es werden qualitativ gute Daten erhoben, aber wir sollten offen und beständig reflektieren: sind es in allen Fällen die richtigen? Schöpfen wir die vorhandenen Möglichkeiten angemessen aus? Und immer wieder: Werden sie adäquat präsentiert?

Reiner Klingholz, langjähriger Direktor des Berlin-Instituts für Bevölkerung und Entwicklung meinte kürzlich: „Gute Daten bedeuten nicht zwangsläufig gute Politik“, „Aber umgekehrt wird ohne belastbare Daten eine gute Politik unmöglich gemacht.“ Ob man so weit gehen möchte, auch dem zweiten Teil der Aussage vorbehaltlos zuzustimmen, überlasse ich ihrer Einschätzung. Aber vor dem Hintergrund des in Deutschland besonders hoch bewerteten Rechts auf informationelle Selbstbestimmung schöpfen wir die Möglichkeiten der eigentlich vorhandenen Daten sicherlich nicht aus.

Klingholz verwies auf die Situation in den Niederlanden, wo die Registerdaten automatisch verknüpft und ausgewertet werden. Seiner Mahnung ist zustimmen: „Schlechte Daten kommen die Bürger teuer zu stehen.“ Ja, wir zahlen einen Preis für den Schutz der Daten. Dazu gehört auch der damit verbundene teilweise Verzicht auf fundierte Evidenzbasierung.

Vor knapp einem Jahr hat die Bundesregierung eine neue Datenstrategie beschlossen. Erreicht werden soll eine neue, mutige Datenkultur. Daten sollen effektiver genutzt und in größerem Umfang zugänglich gemacht werden. Wir können gespannt sein, wie diese Strategie verfängt. Jedenfalls steht sie, wie alle Institutionen, die sich um Objektivität und Evidenz bemühen, in scharfer Konkurrenz zu einer immer weiter wachsenden Industrie, die sich erfolgreich auf die Produktion von Des-Information spezialisiert hat.

Ein weiteres Thema, das ich hier aber nicht vertiefen kann, segelt unter dem Stichwort „Big Data“. Es stellt sich die Frage ob und gegebenenfalls wie Big Data anschlussfähig an die amtliche Statistik sind. Derzeit generieren sich solche Daten häufig auf Wegen, die für die amtliche Statistik nicht erlaubt sind und es entstehen Abbildungen von Realitäten, neben der amtlichen Statistik.

II. Ich komme zum zweiten Teil, in dem es nun konkreter werden soll. Konkreter in dem Sinne, was die amtliche Statistik tun kann, um die Beziehung zur Wissenschaft zu verbessern und was umgekehrt die Wissenschaft dazu beitragen kann.

Ich hatte die 75 Jahrfeier des Statistischen Bundesamts bereits angesprochen, sie stand, wie sie wissen, unter dem Motto, „Demokratie braucht Daten, Daten brauchen Demokratie“

Ich möchte dieses Motto etwas abwandeln und die Abwandlung als Leitgedanken meinen weiteren Überlegungen zugrunde legen: „Wissenschaft braucht Daten, Daten brauchen Wissenschaft“. Mit diesem Motto ist ein wesentlicher Kern des Beziehungsalltags von Wissenschaft und amtlicher Statistik adressiert.

Zum einen gilt: Den Sozialwissenschaften fehlen Daten. Sie sind nicht in der Lage, hinreichend Daten für ihre Forschungsfragen zu generieren. Eigentlich können sie auf die Nutzung amtlicher Daten gar nicht verzichten. Aber sie tun es. Warum und was sind die Folgen?

Meine Wahrnehmung an dieser Stelle will ich in zwei Thesen fassen:

1. Die amtlichen Daten sind (wissenschaftlich) unterausgewertet
2. Manche sozialwissenschaftlichen Surveys sind überausgewertet

Warum ist das so? Zur ersten These:

- Geringe Bekanntheit: Mit Ausnahme des Mikrozensus sind die meisten Daten(sätze) kaum bekannt. Wenige Wissenschaftler kennen etwa die Zeitbudgetstudie oder die EVS, noch weniger arbeiten damit. Der Zensus 2011 ist von der wissenschaftlichen Forschung nach meinem Eindruck kaum genutzt worden.
- Eingeschränkte Zugänglichkeit: Noch immer sind die Daten nicht so einfach zugänglich, wie es aus Sicht der Wissenschaft wünschenswert wäre, auch wenn sich der Datenzugang in der Vergangenheit enorm verbessert hat. Hier sehe ich noch Spielräume und verweise auf die Empfehlungen des Rates SWD, der in seinen Empfehlungen zur Weiterentwicklung der Dateninfrastrukturen auf nationaler, europäischer und inter-nationaler Ebene darauf hingewiesen hat, dass die Zugänglichkeit weiter zu erleichtern sei. Ich zitiere ein Beispiel aus diesen Empfehlungen: „Melderegister, Ausländerzentralregister oder Fahrzeugzulassungs-

register – diese Datensätze enthalten Informationen, mit denen wichtige Fragestellungen der Sozial- und Wirtschaftswissenschaften beantwortet werden können. Entsprechend sind sie für die Forschung von besonderer Bedeutung. Trotzdem bleibt Forschenden der Zugang dazu in Deutschland erschwert. Die Wissenschaft ist daher bei der aktuell laufenden Umsetzung der Registermodernisierung zwingend mitzudenken und auch die Möglichkeit, dies im geplanten Forschungsdatengesetz zu verankern, sollte verfolgt werden.“

- Große Datenlücken: Oftmals fehlen für die wissenschaftliche Forschung zentrale Informationen in den Daten, weil sie aus gesetzlichen Gründen gesperrt sind oder weil sie aus gesetzlichen Gründen nicht erhoben werden dürfen oder weil der Lückenschluss zwischen amtlicher Statistik und Wissenschaft nicht aktiv bespielt wird. Hier sind Initiativen wünschenswert dies zu verändern.

Wie kann Abhilfe geschaffen werden?

- Bessere Bewerbung der Daten und ihrer Nutzungsmöglichkeiten durch die amtliche Statistik
- Verstärkte wissenschaftliche Publikationen mit diesen Daten unter Beteiligung der Datenproduzenten im Rahmen wissenschaftlicher Kooperationen
- Stärkere Einbeziehung der Wissenschaft bei der Bedarfsermittlung
- Paneldaten: Der Goldstandard, wenn sie so wollen, in der sozialwissenschaftlichen Surveyforschung sind langfristig angelegte Panelstudien. Ja, es gab und gibt Ansätze die Mikrozensus-Daten auch längsschnittlich auszuwerten. Soweit mir bekannt ist, haben die Anstrengungen seitens des Statistischen Landesamtes in NRW bisher zu keinem Durchbruch geführt. Meine Empfehlung wäre hier, die amtliche Statistik viel mehr als bisher auf diese Art der Datengenerierung auszurichten.
- Von zentraler Bedeutung zur Verbesserung der Beziehungen zwischen amtliche Statistik und Wissenschaft sind gemeinsame Anstrengungen zur systematischen Benennung und Schließung von Daten- und Erkenntnislücken. Ich erinnere etwa an das Beispiel „Fertilität von Männern“. Bis vor wenigen Jahren konnte die amtliche Statistik zu dieser zentralen Frage keine belastbaren Ergebnisse liefern. Erst 2020 wurde eine fundierte Analyse der Geburtenstatistik vorgelegt.
- Ich komme zur zweiten These: „Manche sozialwissenschaftliche Datensätze sind überausgewertet“. Die Wissenschaft behilft sich in dieser Situation mit dem Zugriff auf wenige große Surveydatensätze. Manche sozialwissenschaftlichen Datensätze können als überausgewertet gelten. Warum ist das so?
- Die Verwendung bekannter Datensätze erhöht die Publikationschancen in wissenschaftlichen Journals, ich erachte das für problematisch.
- Hohe Vertrautheit mit den Datensätzen und ihrer Handhabung senkt den Einarbeitungsaufwand.
- Oftmals sind passende Informationen vorhanden, die es in der amtlichen Statistik so nicht gibt; des Öfteren aber auch nicht: dann behilft man sich mit häufig untauglichen Proxy Variablen.

- bei allen Bemühungen gilt: für viele Fragestellungen sind die Stichproben zu klein und die fehlenden Werte häufig; Gewichtung und Imputation sind ein Notbehelf, der nicht immer zufriedenstellt.
- Immer wieder stellt sich für die Wissenschaft das „Relevanzproblem“. Wissenschaft kann ihre Forschungsthemen frei wählen. Das ist eine unantastbare Grundfeste. Was aber bestimmt die Wahl der Themen? Selten Praxisrelevanz. Schon eher die Publikationschancen in hoch bewerteten wissenschaftlichen Fachpublikation. Vielfach folgen die dort publizierten Beiträge allerbesten wissenschaftliche Standards, bleiben in ihrer Reichweite aber minimal, oft sind die Befunde statistisch bestens abgesichert, aber banal.

Was braucht Wissenschaft, wo könnte eine vertiefte Zusammenarbeit mit der amtlichen Statistik besonders befruchtend wirken?

- Seltene Bevölkerungsgruppen: Aufgrund der Fallzahlproblematik der Surveyforschung sind gezielte Analysen mit amtlichen Daten zu intensivieren.
- Dasselbe gilt für die durch Surveyforschung schwer zugänglichen Bevölkerungsgruppen am oberen und unteren Rand der Sozialstruktur, sowie bei Migranten, v.a. wenn sie nach Herkunftsländern differenziert werden sollen.
- Regionalisierte Auswertungen, hier sind zwar Fortschritte zu verzeichnen, Stichwort Georeferenzierung, aber Deutschland schöpft hier die Möglichkeiten nicht aus und liegt im internationalen Vergleich nicht ganz vorne.
- Verstärkte Zusammenarbeit mit der Wissenschaft, um koordinierte Definitionen zu erarbeiten.
- Mehr Investment in die wissenschaftliche Nutzung ihrer Daten seitens der amtlichen Statistik; Reporting als eine wesentliche Aufgabe könnte hier weiterführend ergänzt werden.

Auf den vorletzten Punkt – Definitionen - möchte ich zum Schluss noch etwas ausführlicher eingehen, weil er paradigmatisch ist für die Verbesserungsnotwendigkeiten im kommunikativen Bereich der amtlichen Statistik.

Nehmen wir das Beispiel Alleinerziehende. „Alleinerziehende sind Mütter und Väter, die ohne Ehe- oder Lebenspartner/-innen mit minder- oder volljährigen Kindern in einem Haushalt zusammenleben.“ Mithin leben in Deutschland knapp 3 Mio. Alleinerziehende. Das sind 25 % aller Familien! Der Erziehungsauftrag der Eltern endet aber mit der Volljährigkeit der Kinder. Nimmt man dieses Kriterium, gibt es nur 1,7 Mio. Alleinerziehende, damit 14 % aller Familien.

Ein anderes Beispiel, das ebenfalls der Haushaltsstatistik zu entnehmen ist, betrifft Fernbeziehungen. Wie viele es in Deutschland davon gibt ist unbekannt. Studien schätzen ihren Anteil auf bis zu 12 % aller Beziehungen. Also eine beträchtliche Anzahl. Die amtliche Statistik weist Fernbeziehungen als

zwei 1-Personenhaushalte aus oder als Teile andere Lebensformen, etwa bei Wohngemeinschaften. Damit entsteht der Eindruck einer Single-Gesellschaft bzw. einer Gesellschaft, in der Menschen immer weniger in Beziehungen leben. Übrigens: Auch bis zu einem Drittel aller Alleinerziehende befinden sich in einer Fernbeziehung.

III. Wie kann ein Fazit lauten?

Die Bundesstatistik ist Informationsdienstleister. Die letzten Jahre haben deutlich gemacht: Der Bedarf an hochaktuellen Daten und qualitätsgesicherten Informationen hat sich beschleunigt und ist größer denn je. Daraus ergeben sich weitere Herausforderungen für die Statistik zu den ohnehin vorhandenen, die da sind: Welche Daten sollen generiert werden, wie sind sie zu beschaffen, wie aufzubereiten, wie auszuwerten, zu präsentieren und wie zu interpretieren? Welche Statistiken, gegenwärtig sind es 400, sind zu erstellen? Wie können und sollen die Daten der Wissenschaft und der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden?

Dringlicher denn je stellen sich aus Sicht der Wissenschaft einige Herausforderungen:

- Die amtliche Statistik muss auf den Wandel der Gesellschaft und auf die Veränderungen der Nachfrage seitens Politik, Öffentlichkeit und Wissenschaft reagieren.
- Es braucht mehr amtliche Paneldaten.
- Es braucht künftig mehr Zeitreihen und dafür gute und belastbare Begriffsdefinitionen.
- Gesetzlichen Spielräume sind vorhanden, sie können besser ausgeschöpft werden.
- Übernahme einer aktiven Rolle, welche gesetzlichen Rahmenbedingungen der amtlichen Statistik veränderungsbedürftig sind.
- Entschlossene Initiativen, die auf die verstärkte wissenschaftliche Nutzung der Daten des Zensus 22 abzielen.

Im Jahr 2031 soll der Zensus als reiner Registerzensus stattfinden. Ob der eingeschlagene Weg zum reinen Registerzensus der Königsweg ist, kann bezweifelt werden. Ich sehe wenigstens drei Risiken:

- Die Welt wandelt sich rasch, Register sind träge.
- Registerdaten nutzen heißt: man erfährt was vorhanden ist, und nicht was man wissen will. Befragungen können hier eine gute Ergänzung sein.
- Wissenschaft ist wendig und kreativ. Möglicherweise vergrößert die Registerbasierung den Gap zwischen amtlichem Angebot und wissenschaftlicher Nutzung.

Wie kann die Beziehung zwischen Wissenschaft und amtlicher Statistik weiterentwickelt werden? Es braucht mehr Wissenschaft in der amtlichen Statistik und mehr amtliche Statistik in der Wissenschaft.